



Ansicht

3:19

Die AWO international. Solidarität kennt keine Grenzen. So handelt die AWO seit Jahrzehnten. Ein Heft über die Grundlagen und weltweiten Projekte der AWO für ein soziales, freies und friedliches Miteinander.



Liebe Leserin, lieber Leser,

über 70 Millionen Menschen waren laut Angaben der Vereinten Nationen 2018 auf der Flucht. Die Ursachen sind von Kontinent zu Kontinent unterschiedlich, aber ganz wesentliche Gründe sind: Armut, ungleiche Verteilung von Gütern, Perspektivlosigkeit und Angst vor der Politik undemokratischer Regime. In jenen Regionen, die vom Klimawandel besonders betroffen sind, kommen Naturkatastrophen hinzu. Immer mehr Länder sind existenziell bedroht vom Mangel an Wasser.

All dies wird im vermeintlich geschützten Europa zwar erkannt, aber nicht ernst genug genommen. Seit Jahren flüchten Menschen aus Afrika nach Europa, um ihre Haut zu retten und dem eigenen Leben wieder eine Perspektive zu geben. Geholfen werden soll diesen von den Staaten der EU nicht wirklich. Am besten sollen sie gar nicht hierherkommen. Anders lässt sich die Politik der EU mittlerweile nicht mehr deuten. Die Angst vor rechten Agitator*innen im eigenen Lande ist größer als das selbstbewusste Einsteigen für eine humanitäre Politik, die den Menschen hilft und somit die europäischen Grundwerte mit Leben füllt.

Internationale Solidarität wird allzu oft kleingeschrieben. Für die AWO war dies schon seit Beginn der 1930-er Jahre ein Teil ihres Selbstverständnisses. Angesichts globaler Entwicklungen ist dies umso bedeutsamer. »Unsere Vision ist eine gerechte Welt, in der alle Menschen solidarisch denken und handeln«, heißt es bei der AWO und dem AWO-Fachverband AWO International. Er organisiert seit über 20 Jahren jene internationale Arbeit, die ihre Ursprünge bereits vor so vielen Jahrzehnten hatte. Mit diesem Heft geben wir einen Einblick in die aktuelle Projektarbeit in ganz unterschiedlichen Gebieten dieser Welt. Wir wünschen Ihnen eine ertragreiche Lektüre.

Brigitte Döcker
Mitglied des Vorstands

IMPRESSUM

Herausgeber

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstraße 62/63 · 10961 Berlin
Tel 030/26309-0 · Fax 030/26309-32599
info@awo.org · www.awo.org

Redaktion AWO Ansicht

Tel 030/26309-4553 · Fax 030/26309-324553
awo-ansicht@awo.org

Redaktion Brigitte Döcker · Berit Gründler ·
Peter KuleBa v.i.s.d.P. · Wolfgang Stadler

Redaktionelle Mitarbeit Ingrid Lebherz ·
Vassilios Saroglou

Konzept und Gestaltung

Stephanie Roderer, studio-pingpong.de
Mitarbeit: Ingeborg Landsmann

Fotografie

S. 3, 4, 5, 21: AWO Bundesverband · Titel,
S. 7, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 20: AWO International,
S. 19: Mark Henry / AWO International · S. 6,
15*: FES · S. 9 ii-graphics / PrintingSociety:
Adobe Stock, shutterstock.com · S. 10: Timm
Schmamberger / Aktion Deutschland hilft ·
S. 17: DIE, S. 18: Isabel Serro / SOS Mediter-
ranée · S. 22 Manuel Frauendorf · Karten-
material: agrus / Adobe Stock

Anzeigen

TAG Agentur & Verlag
Tel 06431/2121241 · Fax 06431/2121244
Agentur@Tag-Verlag.de · www.Tag-Verlag.de

Druck

Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG, Andechs
Der Standort hat ein geprüftes Umwelt-
management nach EMAS DE-155-00126
Gedruckt auf Arctic Volume white FSC®
mixed credit - GFA-COC-001787

* Rechtsinhaber und Rechtsnachfolger des Fotos konnten nicht ermittelt werden. Der Rechteinhaber wird aufgefordert, ggf. mit dem Benutzer in Kontakt zu treten.





FAMILIENNACHZUG

Inhumanes Gesetz

Vor gut einem Jahr trat die Regelung zum Familiennachzug subsidiär geschützter Flüchtlinge in Kraft. »Das neue Gesetz erweist sich in der Durchführung als sehr bürokratisch und überlässt die verzweifelten Menschen weiterhin langanhaltender Unsicherheit«, so Brigitte Döcker, Mitglied des AWO Bundesvorstandes. »Die AWO tritt dafür ein, dass Familien zusammenleben können. Denn wir wissen um die Bedeutung der Familie für den einzelnen Menschen. Eine Einschränkung der Möglichkeit des Familiennachzugs lehnt die Arbeiterwohlfahrt daher grundsätzlich ab«, so Döcker. Beim Familiennachzug von subsidiär geschützten Flüchtlingen werden maximal bis zu 1000 Menschen pro Monat ausgewählt, die nach Deutschland nachkommen dürfen, während die anderen Familien weiter auf eine Zusammenführung warten müssen. Der subsidiäre Schutz ist aber nicht geringwertiger, sondern ergänzend zur Genfer Flüchtlingskonvention eingerichtet worden. Er garantiert den zumeist aus Bürgerkriegen und Chaos geflüchteten Menschen den Schutz vor Abschiebung und bedeutet für viele, dass sie auf Jahre in Deutschland bleiben werden – aber aufgrund des neuen Gesetzes häufig ohne eine Chance, ihre engsten Angehörigen in absehbarer Zeit wiederzusehen.

➔ Katharina Vogt · Tel 030 / 26309479
katharina.vogt@awo.org

ENGAGEMENT

Lotte-Lemke-Engagementpreis

Seit dem 1. Juli 2019 kann man sich für den Lotte-Lemke-Engagementpreis 2020 bewerben. Mit dem Lotte-Lemke-Engagementpreis soll kreatives und herausragendes Engagement gewürdigt werden. Die Idee ist, AWO-Projekte auszuzeichnen, die auf besondere und nachhaltige Weise einen Beitrag zum gelingenden Zusammenleben leisten. Das Engagement soll beispielhaft zeigen, wie die AWO-Grundwerte Solidarität, Toleranz, Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit zeitgemäß gelebt werden können. Bewerben können sich alle, die bei der AWO oder beim Jugendwerk der AWO ein ehrenamtliches Projekt begleiten oder leiten. Es können sich auch hauptamtlich initiierte oder begleitete Projekte bewerben, solange die Arbeit im Kern ehrenamtlich getragen wird. Auch Nominierungen können eingereicht werden. Bewerber*innen oder Menschen, die ein Projekt nominieren wollen, füllen das Bewerbungsformular aus und senden es mit den unterschriebenen Teilnahmebedingungen eingescannt an engagementpreis@awo.org oder per Post an AWO Bundesverband e.V., Berit Gründler, Blücherstraße 62/63, 10961 Berlin.

Die Materialien des Projektes können per Mail (PDF, JPEG, PPT) mit einer maximalen Dateigröße von 10 MB oder ausgedruckt per Post gesendet werden.

➔ Unter www.awo.org/lotte-lemke-engagementpreis finden Sie alle weiteren Informationen.



**JETZT BEWERBEN ODER
PROJEKT VORSCHLAGEN!**



LEICHTE SPRACHE

Kinderrechte in Leichter Sprache

2019 ist ein Jahr der Menschenrechte. In diesem Jahr feiern die Kinderrechtskonvention ihren 30. und die Behindertenrechtskonvention in Deutschland ihren 10. Geburtstag. Anlässlich dieser Jubiläen veröffentlichen der AWO Bundesverband und das Bundesjugendwerk der AWO die Übersetzung der Kinderrechte in Leichter Sprache.

Dazu der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler: »Die Kinderrechtskonvention wurde am 20. November 1989 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Der Kampf um und für Kinderrechte treibt die Arbeiterwohl-fahrt seit vielen Jahren an. Unsere Gründerin Marie Juchacz wusste aus eigener Erfahrung, wie wichtig Kinderrechte sind. Sie setzte sich ihr ganzes Leben für diese ein. Seit 30 Jahren gibt es die welt-weit geltende Kinderrechtskonvention. Es ist wichtig, dass Kinder ihre Rechte und auch Erwachsene die Rechte von Kindern kennen. Wir freuen uns daher sehr, dass wir durch die Übersetzung der Kinder-rechtskonvention in Leichte Sprache dazu beitragen, dass mehr Kinder und erstmals auch Menschen mit Lernschwierigkeiten Zugang zur Kinderrechts-konvention haben.«

Die Publikation umfasst 112 Seiten und ist kostenlos unter werbung@awo.org zu bestellen.

Auch für das Bundesjugendwerk der AWO ist die Übersetzung der Kinderrechte eine wichtige Voraussetzung dafür, Kinder und Jugendliche zu befähigen, ihre Rechte wahrzunehmen und durch-zusetzen. »Nur wer seine Rechte kennt und mit ihnen vertraut ist, kann selbstwirksam für sich und dann auch für andere eintreten« sagt Jan Sörnsen, Geschäftsführer des Bundesjugendwerks. Die Über-setzung fördere die Eigenständigkeit von Kindern und Jugendlichen und schaffe Bewusstsein für ein demokratisches Miteinander. »Jeder Mensch hat das Recht, gehört zu werden und für die eigenen Bedürfnisse einzutreten«, so Sörnsen weiter.

In Deutschland engagieren sich viele Menschen für Kinderrechte und arbeiten daran, dass diese im Kinderalltag gelebt werden. Deswegen unterstreicht Wolfgang Stadler: »Wir hoffen, dass die Kinderrechts-konvention in Leichter Sprache viele Impulse zur Förderung, Wahrung und zum Schutz von Kinder-rechten unterstützt. Wir wünschen uns, dass sie von vielen Verbänden, Initiativen und Institutionen als Instrument der inklusiven Menschenrechtsbil-dung eingesetzt wird, damit Deutschland kinder-freundlicher wird; damit Kinder ihre Rechte kennen und diese auch einfordern können. Aus diesem Grund setzt sich die AWO seit langer Zeit aktiv dafür ein, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern.«

➔ Klaus Theißen · Tel 030 / 26309167 · klaus.theissen@awo.org

LÖHNE

Bundesvereinigung Arbeitgeber in der Pflegebranche

Im Juni dieses Jahres fand die Gründungsversammlung des neuen Arbeitgeberverbandes Bundesvereinigung Arbeitgeber in der Pflegebranche (BVAP) in Berlin statt. Der Hintergrund: Es gibt bisher keinen übergreifenden Arbeitgeberverband für die Pflege, in dem die verschiedenen Träger gemeinsam organisiert sind. Die Gründung ist daher ein wichtiger Schritt, um sich innerhalb der Pflegebranche auf bessere Löhne für alle Beschäftigten zu einigen. »Diese Gründung ist zweifellos ein deutliches Signal an die Beschäftigten in den sozialen Berufen, deren Arbeit und Einsatz endlich die angemessene Anerkennung erfahren müssen, die ihnen zusteht«, betont der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler. Die AWO hat den Prozess zur Gründung des Zusammenschlusses von Beginn an unterstützt und ihre Kenntnisse in den Entstehungsprozess eingebracht. »Es macht uns daher sehr froh, dass nun die Gründung erfolgt ist. Jetzt sollten natürlich zügig die weiteren Schritte folgen, damit es für die Betroffenen konkret wird«, fordert Stadler.

➔ vorsitzender@awo.org



PFLEGE

AWO-Pflege

Der Petitionsausschuss des Bundestages ist sich einig: Pflegebedürftige müssen entlastet werden. Kurz vor der Sommerpause wurde im Ausschuss die AWO-Petition »Eigenanteil bei stationärer Pflege begrenzen!« beraten. Zu Beginn des Jahres hatten in nur wenigen Wochen weit über 74.000 Menschen diese Petition gezeichnet und damit die Beratung ihres Anliegens im Petitionsausschuss des Bundestages erwirkt. Grund für die Petition: Die Kosten für die stationäre Pflege steigen. AWO und Betroffene fordern deshalb, Pflegebedürftige und ihre Familien nicht mehr mit den steigenden Kosten allein zu lassen. Ziel ist ein gesetzlich definierter Höchstbetrag für die Eigenanteile und die Finanzierung der Kosten aus Mitteln der Pflegeversicherung. Der Ausschuss berät nun, wie es mit der Petition weitergeht und ob das Thema in den Bundestag überwiesen wird. Die AWO wird sich unabhängig davon weiter für die Entlastung pflegebedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen einerseits und für eine bessere Bezahlung und einen besseren Personalschlüssel in der Pflege andererseits einsetzen.

➔ Claus Bölicke · Tel 030/26309160
claus.boelicke@awo.org

HISTORISCHES PORTRÄT

Clara Bohm-Schuch 1879 – 1936

Clara Bohm-Schuch wurde 1903 Leiterin der Kinderschutzkommission in Berlin-Rixdorf. Sie war zudem Vorstandsmitglied des »Vereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse« und arbeitete ab 1908 eng mit Marie Juchacz zusammen. Am 19. Januar 1919 wurde sie für die SPD als Abgeordnete in die Verfassunggebende Nationalversammlung gewählt und ab 1920 Mitglied des Deutschen Reichstags. Schwerpunkt ihrer politischen Tätigkeit waren Mütter- und Kinderschutz, Erziehungswesen und Berufsausbildung. Sie engagierte sich für den Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt. Von 1919 bis 1922 leitete Clara Bohm-Schuch als Nachfolgerin von Marie Juchacz die Redaktion der sozialdemokratischen Zeitschrift »Die Gleichheit«. Sie setzte sich für Verfolgte des Naziregimes ein. Die Folge: Immer wieder wurde sie mit Wohnungsdurchsuchungen und Vorladungen drangsalieren. Clara-Bohm Schuch starb im Mai 1936 in Berlin.

➔ Weitere Informationen im Historischen Archiv der AWO
www.awo-historie.org





EINSATZGEBIET
AFRIKA



Helfen Sie!
Zum 100-jährigen AWO-Jubiläum bauen wir unser Engagement in Uganda aus: Unterstützen Sie uns dabei!

➔ Spendenkonto AWO International e. V.
Stichwort: »Afrika«
IBAN: DE83 1002 0500 0003 2211 00

AWO INTERNATIONAL

Uganda: Solidarität mit Geflüchteten

AUTOR FELIX NEUHAUS

Die Ernährungssituation in Uganda ist laut Welthunger-Index ernst. Trotzdem hat das Land bereits mehr als 1,3 Millionen Geflüchtete aufgenommen. Während andere Länder geflüchtete Menschen abweisen, nimmt Uganda auch weiterhin Menschen auf und praktiziert eine großzügige Flüchtlingspolitik. Statt einer Unterbringung in geschlossenen Camps erhalten die Geflüchteten ein Stück Land, auf dem sie leben und Anbau betreiben können. Mit fünf neuen Projekten möchte AWO International dazu beitragen, dass die Lebensbedingungen von Geflüchteten und ihren Gastgemeinden langfristig und nachhaltig verbessert werden. Eines der Projekte führen wir in der Flüchtlingsiedlung Nakivale im Südwesten Ugandas durch. Mehr als 100.000 geflüchtete Menschen leben hier. Sie flohen vor Gewalt und Hunger aus ihren Heimatländern wie zum Beispiel dem Kongo oder Südsudan. Doch auch das Leben in der Flüchtlingsiedlung stellt die Geflüchteten vor große Herausforderungen, denn die Region Isingiro gehört zu den ärmsten in Uganda. Rund 80 Prozent der hier lebenden Familien verdienen ihren Lebensunterhalt durch die Landwirtschaft. Nutzbarer Boden ist jedoch knapp, und die meisten Familien besitzen nur ein kleines Stück Land. Hinzu kommen die Folgen des Klimawandels:

Wasserknappheit und Dürren führen dazu, dass die Ernten geringer ausfallen und die Ernährung in der Region nicht gesichert ist. Auch eine ausgewogene Ernährung ist kaum möglich. Insbesondere die Mangelernährung von Kindern ist ein großes Problem.

Gemeinsam mit unserer Partnerorganisation COVOID leisten wir einen Beitrag, um die prekäre Ernährungssituation in der Region zu verbessern. Wir stärken die Selbstorganisation der Gemeinden und verbessern in partizipativen Prozessen die Anbaumethoden, damit die Menschen mehr Erträge erwirtschaften können. Zudem führen wir Maßnahmen durch, die der Mangelernährung vorbeugen und ein zusätzliches Einkommen generieren sollen. Das Projekt richtet sich sowohl an geflüchtete Menschen als auch an die Bewohner*innen der Gastgemeinden. Ziel ist es, dass das Projekt auch langfristig und nachhaltig wirkt: Deshalb arbeiten wir gemeinsam mit lokalen Gemeindemitgliedern daran, Gemeindestrukturen zu schaffen, welche die neu hinzugewonnenen Erkenntnisse und Techniken in Zukunft bewahren, verwalten und weitergeben sollen.

➔ www.awointernational.de

Flucht, Migration und Menschenhandel

Seit Jahren steigt die Zahl der Menschen auf der Flucht: Für das Jahr 2018 zählte die UNO 70,8 Millionen Menschen – die höchste Zahl, die je registriert wurde. Alle zwei Sekunden muss ein Mensch fliehen, das sind 37.000 pro Tag. Damit hat sich die Zahl der Flüchtenden innerhalb von 20 Jahren verdoppelt. Etwa die Hälfte ist minderjährig. Das zentrale Mittelmeer gehört zu den tödlichsten Routen: Auch wenn die Anzahl der Flüchtenden über das Mittelmeer seit Jahren sinkt: Mit einem Tod pro 11 Ankünfte hat die Todesrate 2019 einen traurigen Höhepunkt erreicht. Auch die Anzahl der Migrierenden steigt: Während es 1990 noch 153 Millionen Menschen waren, sind es laut UNO im Jahr 2017 etwa 258 Millionen. Der Anteil an der Weltbevölkerung bleibt mit etwa 3,5 Prozent allerdings relativ konstant. Schon immer haben Menschen ihre Heimatländer verlassen. Insbesondere für Arbeitsmigrantinnen und -migranten endet die Ausreise oft in prekären Arbeitsbedingungen und Ausbeutung. 40 Millionen Menschen sind von Menschenhandel, moderner Sklaverei und Zwangsarbeit betroffen, schätzt die Internationale Arbeitsorganisation IAO, die wie die AWO in diesem Jahr 100 Jahre alt wird. Flucht, Migration und Menschenhandel sind auch Schwerpunkte in der internationalen Arbeit der AWO: Gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen setzt sich AWO International für eine sichere Migration und die Rechte von Migrierenden ein, leistet humanitäre Hilfe für Geflüchtete und engagiert sich für einen besseren Schutz vor Menschenhandel. ❤️

Menschen auf dem zentralen Mittelmeer



Das zentrale Mittelmeer gehört zu den tödlichsten Routen. Auch wenn die Anzahl der Flüchtenden über das Mittelmeer seit Jahren sinkt: Mit einem Tod pro 11 Ankünfte hat die Todesrate 2019 einen traurigen Höhepunkt erreicht.

	2015	2016	2017	2018	2019
Ankünfte *	153.842	↑ 181.436	↓ 119.369	↓ 23.370	4.395
Zahl der Toten	2.913	↑ 4.578	↓ 2.873	↓ 1.311	426 ** (Stand 10.07.19)
Sterblichkeitsrate	Ein Tod pro 53 Ankünfte	↑ Ein Tod pro 41 Ankünfte	↓ Ein Tod pro 43 Ankünfte	↑ Ein Tod pro 19 Ankünfte	↑ Ein Tod pro 11 Ankünfte

Quelle: Berechnung der Sterblichkeitsrate nach Carling 2007, SOS MEDITERRANEE; basierend auf Erhebungen des UNHCR.

*Die Zahl der Ankünfte bezieht sich auf das zentrale Mittelmeer. **Die Zahl der Toten für 2019 basiert auf Erhebungen der IOM.

<https://sosmediterranee.de/jetzt-auf-dem-mittelmeer/>

Menschen auf der Flucht weltweit



70,8 Mio.

Menschen waren 2018 auf der Flucht.



41,3 Mio.

sind Vertriebene innerhalb ihres Heimatlands.

25,9 Mio.

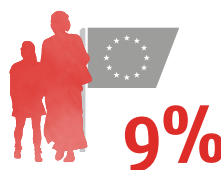
sind vor Krieg und Verfolgung aus ihrem Land geflohen.

3,6 Mio.

haben Asyl beantragt.



Nur 16% der Geflüchteten leben in reichen Staaten.



Nur 9% leben in der EU.



Vier von fünf Vertriebenen haben in einem direkten Nachbarland Schutz gefunden.

Quelle: UNHCR

Menschenhandel, moderne Sklaverei und Zwangsarbeit

40,3 Mio.

Menschen befinden sich in moderner Sklaverei.



15,4 Mio.

davon in Zwangsheirat



24,9 Mio.

davon in Zwangsarbeit



Jedes vierte Opfer der modernen Sklaverei ist ein Kind.

Von den 24,9 Millionen Menschen, die in Zwangsarbeit gefangen sind, werden:



16 Mio.

im privaten Sektor wie Hausarbeit, Bauwesen oder Landwirtschaft ausgebeutet.



4,8 Mio.

werden sexuell ausgebeutet.



4 Mio.

leiden unter staatlicher Zwangsarbeit.



EINSATZGEBIET SÜDASIEN

Nepal zählt zu den ärmsten Ländern der Welt. Viele Menschen suchen ihr Glück als Arbeitsmigrant*innen im Ausland: Etwa 1.700 Menschen verlassen das Land pro Tag auf offiziellen Wegen. Arbeitsmigration ist oftmals mit Ausbeutung verbunden.





Internationale Solidarität

Hilfe zur Selbsthilfe ist das Konzept, nachhaltige Entwicklung das Ziel. Einblicke in die humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit der AWO.

PROJEKTLAND
INDIEN



Von Armut betroffen sind insbesondere Bevölkerungsgruppen, die seit jeher ausgegrenzt und marginalisiert wurden, sogenannte »Dalits« (»Unberühbare«). Die AWO setzt sich vor Ort für die Rechte benachteiligter Gruppen ein und unterstützt Menschen dabei, sich selbst zu organisieren und z.B. mittels organischer Landwirtschaft ihre Ernährungssituation zu verbessern.

Handeln in globaler Verantwortung

Die Geschäftsführerin von AWO International Ingrid Leberz und der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler über die internationale Arbeit der AWO.

AUTOR*INNEN INGRID LEBHERZ UND WOLFGANG STADLER

Internationale Arbeitersolidarität

Die Arbeiterwohlfahrt, 1919 als Wohlfahrtsorganisation innerhalb eines breiten Netzes von politischen, gewerkschaftlichen und kulturellen Organisationen der Arbeiter*innenbewegung in Deutschland gegründet, vernetzte sich sehr bald mit anderen nationalen Wohlfahrtsorganisationen. So gehörte sie etwa zu den Gründungsmitgliedern des Internationalen Rates für die Soziale Wohlfahrt, der 1928 in Paris von Delegierten aus der ganzen Welt im Rahmen einer Konferenz zu privater und öffentlicher Wohlfahrtspflege etabliert wurde. Und aus Anlass der Feier des zehnjährigen Bestehens der Arbeiterwohlfahrt trafen sich 1930 die von Marie Juchacz eingeladenen Vertreter*innen ausländischer sozialistischer Wohlfahrtsorganisationen, um die Internationale Arbeiterwohlfahrt ins Leben zu rufen. Damals ging es um die Organisation von grenzüberschreitenden Kinderfreizeiten, die bewusst als internationale Ereignisse geplant wurden. Walter A. Friedländer, bis 1933 Vorsitzender der Jugendwohlfahrtskommission der AWO, übernahm in dieser Eigenschaft das Amt des Stellvertretenden

Vorsitzenden der Internationalen Vereinigung der Jugendhilfe in Genf und pflegte intensive Kontakte zur Internationalen Konferenz der Sozialarbeit, die sich später in den noch heute existierenden International Council on Social Welfare (ICSW) umbenannte.

Nach ihrer Neugründung 1948 wurde die AWO 1951 Mitglied des Internationalen Arbeiterhilfswerkes, um ihre Aktivitäten mit anderen europäischen Verbänden mit gleichen Zielen zu koordinieren und sich international zu vertreten. Der ICSW war der Vorläufer für das heutige europäische Netzwerk SOLIDAR. Einzelne Mitgliedsverbände der AWO engagierten sich, parallel mit der erstarkenden «Dritte-Welt-Bewegung», entwicklungspolitisch, suchten internationale Kontakte und sammelten erste Erfahrungen in der projektbezogenen »Eine-Welt-Arbeit«. Eines der ersten Beispiele war seit Mitte der 1950-er Jahre der Aufbau einer berufsbildenden Schule für Witwen, Alleinerziehende und arme, gesellschaftlich ausgeschlossene Frauen in Madras/Indien (heute Chennai).

UNSERE ARBEIT

Unsere Vision ist eine gerechte Welt, in der alle Menschen solidarisch denken und handeln.





»Der Starke soll mit eintreten für den Schwachen zum Wohl des Ganzen.«

Marie Juchacz

Ein weiteres Beispiel war die unter Federführung der Bayerischen Arbeiterwohlfahrt ins Leben gerufene »Landesarbeitsgemeinschaft Bayern Entwicklungshilfe Mali« im Februar 1982. Mit der Herausbildung der Entwicklungspolitik als eigenständigem politischem Handlungsfeld und der Gründung des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) 1961 erhielt die AWO öffentliche Zuwendungen für die Arbeit im Ausland und konnte damit ihre verbandlichen Aktivitäten erweitern. Dieses an Umfang und Bedeutung wachsende Engagement sowie das Interesse, die humanitäre Hilfe als Arbeitsbereich des Verbandes auszubauen und zu professionalisieren, führten 1998 zur Gründung des Fachverbandes »AWO International«. Es wurde so eine Struktur geschaffen, die mit Blick auf die aktuellen globalen gesellschaftlichen Herausforderungen von besonderer strategischer Bedeutung ist.

Zivilgesellschaft stützen, Rechte einklagen, Armut bekämpfen

Im Fachverband stehen die projektorientierte Entwicklungszusammenarbeit mit Schwerpunkt »Sozialstrukturförderung« sowie die humanitäre Hilfe im Zentrum der Arbeit. In beiden Handlungsfeldern werden aktuell 50 Projekte in 13 Ländern mit 38 Partnerorganisationen durchgeführt, deren

Arbeit wiederum rund 290.000 Menschen direkt zugute kommt. Ein besonderes Merkmal dieser Arbeit ist die intensive Vernetzung in die AWO hinein. Deren föderale verbandliche Struktur und ihre Expertise eröffnen besondere Möglichkeiten, um entwicklungspolitische Solidaritätsarbeit und humanitäre Hilfe als exemplarisches Feld für »Globales Lernen« zu verstehen.

Durch die Stärkung gesellschaftlicher Strukturen vor Ort sollen Frauen, Jugendliche und Kinder, indigene Gruppen, Migrantinnen und Migranten oder von Menschenhandel bedrohte Personen bei der Einforderung und Durchsetzung ihrer Rechte gegenüber staatlichen Instanzen unterstützt werden. Katastrophenprävention zielt darauf ab, die Verwundbarkeit der von (Klima-)Katastrophen und akuten Krisen besonders betroffenen armen Menschen zu verringern. Die Expertise der AWO zum Beispiel in den Feldern Sozialraumorientierung, Kinderschutz, besonders schutzbedürftige Geflüchtete oder Inklusion wird genutzt für die Konzeptentwicklung und für den Austausch zwischen AWO-Mitarbeiter*innen und Projektpartner*innen aus dem Ausland, die im Gespräch mit Fachexpert*innen und durch Besuche in Diensten und Einrichtungen auf ein breites Spektrum von »guten Beispielen« und exemplarischen sozialpolitischen Kampagnen aufmerksam werden.



Internationale Arbeit oder: »die Welt lesen lernen«

AWO International entwickelt seine Projekte grundsätzlich gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen, die die Werte und die Ansätze teilen und direkt vor Ort tätig sind. Partizipative Projektentwicklung zwischen zivilgesellschaftlichen Organisationen eröffnet so Lernmöglichkeiten auf beiden Seiten und den Blick in die Weltgesellschaft. Internationale Arbeit öffnet zudem die Augen für Macht- und Herrschaftsstrukturen in der globalisierten kapitalistischen Weltwirtschaft und die damit einhergehende Ausbeutung und soziale Spaltung; sie öffnet die Augen für die dramatische Klimaveränderung und die Folgen weltweiter Migration und hilft so letztlich, »die Welt lesen zu lernen« (Paulo Freire).


Soziale Nachhaltigkeit und sozialökologische Transformation

Internationale Arbeit sensibilisiert für die Folgen einer »imperialen Lebensweise« und für die aktuellen Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation. Die im September 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedete Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen nachhaltiger globaler Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) ist dabei ein bedeutsamer Referenzpunkt als Rahmen für das Entstehen einer Weltsozialgesellschaft. Denn die SDGs formulieren Ziele für eine soziale Globalisierung in allen Ländern, auch in den Industrieländern. Sie sind damit ein Bezugspunkt für nachhaltige Entwicklung in einer entstehenden Weltgesellschaft von bald 10 Milliarden Menschen. Und sie stehen für ein neues globales, umfassendes und universalisierbares Wohlfahrtsverständnis.

Die Ziele »Keine Armut«, »Kein Hunger«, »Geschlechtergleichheit« oder »Weniger Ungleichheiten« etwa gehören zum Kernverständnis wohlfahrtsverbandlichen Handelns.

Lokales und Globales Lernen

Enge Kontakte in die sozialpolitischen Fachabteilungen der AWO, die Mitwirkung in bundesverbandlichen Gremien und eine aktive Einbindung von AWO-Gliederungen als Mitglieder von AWO International eröffnen vielfältige Möglichkeiten, die in den SDGs enthaltenen Entwicklungsimpulse und Innovationspotenziale für die nachhaltige Verbandsentwicklung des AWO Bundesverbandes zu thematisieren. Die AWO kann als bundesweit agierende Akteurin einen eigenständigen und wesentlichen Beitrag für die mit den SDGs avisierte Verzahnung von sozialen, ökologischen und ökonomischen Entwicklungszielen leisten. Mit den Aktivitäten zur Förderung des »Fairen Handels« und der Entwicklung von Bildungsmaterialien zur »ökonomischen Alphabetisierung« junger Erwachsener machen AWO und AWO International auf Alternativen einer gerechten Welthandelspolitik aufmerksam und setzen Impulse für Globales Lernen, die am Alltag ansetzen und praktische Alternativen aufzeigen. Ein Tandem-Multiplikator*innenpool für Globales Lernen führt Workshops in den AWO-Freiwilligendiensten, den Jugendwerken, AWO-Fachtagen zu Flucht/Migration unter Berücksichtigung inklusiver Methodik/Didaktik durch und eröffnet u. a. Geflüchteten ein Betätigungsfeld in entwicklungspolitischer Bildungsarbeit als Beispiel inklusiver Bildungsarbeit.

»Global denken, lokal handeln« – dieses Motto hat angesichts der enormen Herausforderungen einer sozialökologischen Transformation nichts von seiner Aktualität verloren. In Regionen und Kommunen entscheidet sich, ob Teilhabe aller an der Gesellschaft gelingt; ob das Wissen um globale Zusammenhänge und Verantwortung in der EINEN Welt vermittelt wird und Alternativen zu einer »imperialen Lebensweise« umgesetzt werden. Die AWO nutzt ihre breite Verankerung und lokale Präsenz dazu, den Protest gegen die herrschenden Verhältnisse mit praktischen Beispielen sowie nachhaltigem und solidarischem Wirtschaften zu verbinden. AWO International wird mit Blick auf eine Weltgesellschaft und eine auf Wachstum ausgerichtete Weltwirtschaft immer wieder die Lösung sozialer Fragen und die Verhinderung der Zerstörung ökologischer Lebensgrundlagen mit den internationalen Partner*innen vor Ort thematisieren und diskutieren. 

➔ ingrid.lebherz@awointernational.de
vorsitzender@awo.org

Ernährung sichern

Indien hat in den letzten Jahrzehnten deutliche Fortschritte in der Bekämpfung von Hunger erzielt. Und doch: Obwohl das Land heute der zweitgrößte Nahrungsmittelproduzent der Welt ist, sind etwa 170 Millionen Menschen unterernährt.

AUTOR VASSILIOS SAROGLOU

»Es mangelt nicht an Lebensmitteln, sondern am Zugang zu Nahrung. Viele Menschen sind einfach zu arm, um sich genug Essen zu leisten. Hinzu kommen der fehlende Zugang zu Land, Krankheiten und die saisonale Migration«, berichtet Subhash Tamboli von der indischen Organisation AFARM, die mit Unterstützung von AWO International Projekte zur Ernährungssicherung im Bundesstaat Maharashtra durchführt.



LAND DER EXTREME

Auf der einen Seite ist Indien eine Regionalmacht mit einem enormen Wirtschaftswachstum, auf der anderen Seite herrscht in dem Land unvorstellbare Armut.



Lotte Lemke in Indien

Die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt in Indien geht bis in die 1960-er Jahre zurück: Im Januar 1969 hat die AWO-Bundesvorsitzende Lotte Lemke sogar die nach ihr benannte »Lotte Lemke School of Arts« besucht. Die Schule gehörte zu Shree Sheva Mandir – einer indischen Wohlfahrtsorganisation, die sich 1947 zum Ziel gemacht hat, Frauen und Kinder in Not zu unterstützen. In den verschiedenen Einrichtungen wurden (damals, 1969) 650 Frauen und Kinder ausgebildet, 170 von ihnen lebten in den Wohnheimen.

Staatliche Programme scheitern

Mit dem Food Security Act gibt es in Indien ein staatliches Hilfsprogramm, das die Ernährung sicherstellen soll. Die Menschen sollen Zugang zu Grundnahrungsmitteln zu fairen und gerechten Preisen bekommen. Das funktioniert aus verschiedenen Gründen aber nicht. Korruption ist einer der Hauptgründe dafür. Hinzu kommen extreme Wetterereignisse wie Dürren und Überschwemmungen, die dazu führen, dass die eh schon prekäre Ernährungssituation verschärft wird. Der Klimawandel hinterlässt im indischen Bundesstaat Maharashtra deutliche Spuren. Oft sind die Anbaumethoden nicht an die Auswirkungen des Klimawandels angepasst. So bleiben insbesondere diejenigen, die das Programm erreichen soll, ausgeschlossen.

Hilfe vor Ort

Gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen setzt sich AWO International dafür ein, dass benachteiligte Menschen sich selbst organisieren, um ihre Rechte wahrzunehmen. Mit Trainings und Workshops werden Bäuer*innen weitergebildet, sodass sie mit angepassten landwirtschaftlichen Techniken höhere Erträge erwirtschaften und auf die Folgen des Klimawandels reagieren können. »Unser Ansatz umfasst innovative Formen des ökologischen Landbaus, die sich den veränderten Gegebenheiten anpassen. Es geht uns um eine widerstandsfähige und nachhaltige Landwirtschaft, die mit dem Klimawandel umgehen kann«, so Tamboli. ❤️

➔ www.awointernational.de

Über den Tag hinausdenken

Imme Scholz vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) erklärt, warum die Solidarität der Menschen untereinander und mit Natur und Tieren für ein nachhaltiges Miteinander unabdingbar ist.

INTERVIEW PETER KULEBA

Frau Scholz, was ist das Wesentliche für Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit zu Beginn des 21. Jahrhunderts?

SCHOLZ Entwicklungspolitik ist das Politikfeld an sich; Entwicklungszusammenarbeit ist eines der praktischen Umsetzungsinstrumente. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat Mittel, mit denen es konkret Projekte anstoßen und mitfinanzieren kann, die im jeweiligen Partnerland für Veränderungen bedeutsam sind. Das BMZ unterstützt auch andere Träger für ihre Kooperationen mit Partnern in den Entwicklungsländern. Das BMZ selbst muss mit den Regierungen zusammenarbeiten. Aber indem es etwa den Kirchen und NGOs Geld gibt, ermöglicht es denen, mit deren Partnern zusammenzuarbeiten. Damit wird das Spektrum beteiligter Akteure erweitert und das ist für gesellschaftliche Veränderung wichtig.

Welche Akteure sind für eine gute Entwicklungspolitik zentral und warum?

SCHOLZ In der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen wird davon ausgegangen, dass alle staatlichen und nichtstaatlichen Akteure eine wichtige Rolle spielen. So wird das auch in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie beschrieben. Nachhaltige Entwicklung ist eine Gemeinschaftsaufgabe; sie bezieht Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen mit ein. In Deutschland sind auch die Bundesländer und Kommunen in der Entwicklungszusammenarbeit aktiv, z. B. über Städtepartnerschaften. Nachhaltige Entwicklung hier wie dort braucht auch Beiträge aus der Wirtschaft oder ihrer Verbände, der Gewerkschaften und Sozialverbände wie der Arbeiterwohlfahrt.



BEDROHTE RESSOURCEN

»Der Grad an gefährlichen Umweltveränderungen, insbesondere der Klimawandel, hat aber nun ein Ausmaß erreicht, dass der Mensch nicht nur die natürlichen Lebensbedingungen für sich zerstört, sondern auch für andere Lebensformen ...«

Wichtig ist eine gemeinsame strategische Orientierung und dass die politisch Verantwortlichen ihre Verantwortung wahrnehmen, um bessere Rahmenbedingungen herzustellen, Ziele zu formulieren und Aktivitäten dafür umzusetzen und dabei auch mit nichtstaatlichen Akteuren kooperieren. Zweifellos ein Idealbild, aber so sollte es sein.

Wie bedeutsam ist internationale Solidarität und wird sie nach Ihren Erkenntnissen ausreichend geübt?

SCHOLZ Ich denke, wir brauchen ein erweitertes Verständnis von Solidarität.

Und zwar?

SCHOLZ Solidarität ist zunächst eine Beziehung zwischen Menschen und auch zwischen Gesellschaften, Ländern. Der Grad an gefährlichen Umweltveränderungen, insbesondere der Klimawandel, hat aber nun ein Ausmaß erreicht, dass der Mensch nicht nur die natürlichen Lebensbedingungen für sich zerstört, sondern auch für andere Lebensformen, ob das nun Tiere oder Pflanzen sind. Wir haben Menschen, die in Not sind. Aber wir verändern die natürlichen Lebensbedingungen gerade derart, dass wir uns alle in Not bringen. Die Risiken der Zerstörung sind sehr groß, sie treffen ärmere Länder und Menschen härter, obwohl sie kaum verantwortlich dafür sind. Die Verantwortung für die Gefährdung der Menschheit und das Verschwinden vieler anderer Arten müssen wir übernehmen.



Was ist eigentlich nachhaltige Politik?

SCHOLZ Eine nachhaltige Politik wäre eine Politik, die sich nicht nur versichert, dass das, was sie erreicht, positiv ist für eine bestimmte Interessengruppe, sondern für alle Beteiligten. Es wäre eine Politik, die ihre mittel- und langfristigen Folgen immer in den Blick nimmt. Eine Politik, die nur im Rahmen von Legislaturperioden konzipiert wird, kann aus dieser Perspektive nicht nachhaltig sein; eine Politik, die Wechselwirkungen mit anderen Politikfeldern ignoriert, ist ebenfalls nicht nachhaltig.

Wie optimistisch sind Sie, dass bei den politisch Verantwortlichen nachhaltiges Denken tatsächlich eine Bedeutung hat?

SCHOLZ Ich glaube, dieses erweiterte Verständnis von nachhaltiger Entwicklung und Solidarität muss immer wieder neu ins Bewusstsein gerufen werden. Das Thema ist komplex, und wenn man etwas Komplexes in die Politik tragen will, ist das immer schwierig. Ich habe den Eindruck, dass in die Klimapolitik neue Bewegung geraten ist, vor allem durch die Fridays-for-Future-Bewegung und die breite Unterstützung, die die Schülerinnen und Schüler sofort durch viele Gruppen bekommen haben. Da entsteht eine Chance für verändernde Politik, da bin ich optimistischer als sonst.

»Den Aufbau von sozialen Sicherungssystemen, die zu der Situation vor Ort passen, finde ich sehr wichtig.«

Mit Blick auf die Agenda 2030: Wo sehen Sie die größten Chancen, dass in den nächsten elf Jahren tatsächlich etwas Spürbares passiert? Was wären jenseits dessen die zentralen Punkte für Sie, die realistischerweise umgesetzt werden sollten?

SCHOLZ Ich kann mir vorstellen, dass sich die sozialen Indikatoren in den Ländern mit mittlerem Einkommen und in den dynamischen Entwicklungsländern verbessern. In Indien etwa wird eine recht umfassende Krankenversicherung eingeführt. Das war bis vor wenigen Jahren undenkbar. Das wird die gesundheitliche Lage verbessern. Insgesamt wird es leichter sein, dort Verbesserungen zu erreichen, die zu unserem bisherigen Denken und Handeln passen. In der Frage der Solidarität mit der

Natur wird es schwieriger. Gut ist, dass die Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien stetig zunimmt. So wird es zumindest ökonomisch leichter, die CO₂-Emissionen zu senken. Aber damit sind noch keine Verbesserungen im Wassermanagement oder im Artenschutz erreicht. Wasserknappheit wird an vielen Orten in Nord und Süd zunehmen.

Wo würden Sie die AWO oder AWO International in solchen Kontexten verorten? Wie bedeutsam sind solche Organisationen?

SCHOLZ Ich stelle mir eine internationale Zusammenarbeit vor, die tatsächlich zu einer Transformation zur Nachhaltigkeit führt. Eine solche Zusammenarbeit muss fein verästelt sein und möglichst viele gesellschaftliche Akteure und Menschen erreichen. Daher ist es sinnvoll, wenn die AWO eine internationale Zusammenarbeit hat und damit entsprechende gesellschaftliche Selbstorganisation vor Ort unterstützt. Den Aufbau von sozialen Sicherungssystemen, die zu der Situation vor Ort passen, finde ich sehr wichtig. Das kann die AWO befördern. Und dann kann sie natürlich über ihre Kontakte und Netzwerke hier entsprechende Informationsarbeit leisten.♥



IMME SCHOLZ

ist kommissarische Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) in Bonn.

➔ Imme.Scholz@die-gdi.de

Zivile Seenotrettung

Das zentrale Mittelmeer gehört zu den gefährlichsten und tödlichsten Fluchtrouten der Welt. Als Reaktion auf das Sterben im Mittelmeer und die Untätigkeit der Europäischen Union wurde SOS MEDITERRANEE 2015 gegründet. Mit Unterstützung der AWO konnte im Februar 2016 das Rettungsschiff Aquarius auslaufen, um Menschen in Seenot zu retten.


AUTOR VASSILIOS SAROGLOU

Seit 2015 steht die AWO als institutionelle Partnerin an der Seite von SOS MEDITERRANEE, einer Organisation zur Rettung Schiffbrüchiger im Mittelmeer. Woche für Woche rettet die Crew Menschenleben. An Bord der Aquarius werden die Geflüchteten umgehend medizinisch und psychologisch betreut. Sie berichten über die Hintergründe ihrer Flucht, über die seeuntauglichen und überfüllten Boote, von denen es kaum eines nach Italien schaffen würde. Sie erzählen über das Grauen, das sie in Libyen erlebt haben. Es sind Geschichten des Schreckens, stellvertretend für das Leid vieler. Krieg, Gewalt, Verfolgung, Armut und Perspektivlosigkeit

sind die Hauptgründe für eine Flucht. In Libyen angekommen, erleben die Menschen die schrecklichste Phase ihrer Flucht. Sie werden dort wie Sklav*innen gehalten. Sie werden ausgebeutet, erpresst, geschlagen, vergewaltigt – oder einfach getötet.

Hindernisse für Seenotretter*innen

Die Diskussionen um die zivile Seenotrettung haben sich seit 2018 verschärft: Humanitäre Helfer*innen wurden diffamiert und kriminalisiert, Rettungsschiffe zahlreicher zivilgesellschaftlicher Organisationen wurden durch Behörden festgesetzt oder beschlagnahmt. So musste auch der Einsatz des Rettungsschiffes Aquarius im Dezember 2018 beendet werden. Bis zum Zeitpunkt der Festsetzung des Schiffes wurden 29.523 Menschen auf dem Mittelmeer gerettet.

Nach einer monatelangen Zwangspause kehrt SOS MEDITERRANEE Ende Juli 2019 mit dem neuen Rettungsschiff Ocean Viking zurück auf das Mittelmeer. Das Schiff fährt unter norwegischer Flagge und ist robuster, schneller und jünger als die Aquarius. Für den Einsatz auf dem Mittelmeer wurde das Schiff eigenhändig umgebaut und angepasst. Mehrere Notunterkünfte für Gerettete und eine Klinik wurden eingebaut. Zusätzlich wurde Stauraum für die Rettungs-ausrüstung und Vorräte geschaffen. Die Anzahl der Flüchtenden über das Mittelmeer sinkt seit 2016. 426 Menschen sind jedoch in diesem Jahr bereits ums Leben gekommen, die Dunkelziffer liegt vermutlich höher. 

EINSATZGEBIET
MITTELMEER

Das Mittelmeer hat sich zu einer der Hauptfluchtrouten für Flüchtlinge nach Europa entwickelt. Und zu einer der gefährlichsten und tödlichsten: Zehntausende Menschen starben in den letzten Jahren bei ihrer Flucht.





EINSATZGEBIET
SÜDOSTASIEN

Ausbeutung, Zwangsarbeit und Missbrauch gehören zum traurigen Alltag. Dabei ist die Grenze zwischen Migration und Menschenhandel oft fließend. AWO International, ihre Partnerorganisationen und Projektmitarbeiter*innen klären auf.



Moderne Sklaverei

Bauarbeiter auf den Baustellen der Fußball-WM in Katar oder Fischer auf den kommerziellen Fischereiflotten in Südostasien: Für viele Menschen, die sich in der Hoffnung auf ein besseres Einkommen entscheiden, im Ausland zu arbeiten, endet der Traum oft in Bedingungen, die sich am besten als moderne Sklaverei beschreiben lassen.

AUTOR FRANZ ROGER

»Ein Mann versprach mir einen Job auf einer Baustelle in Katar. Ich sollte das Dreifache meines alten Einkommens verdienen«, erzählt Selim Dia aus Bangladesch. Er geht auf das Angebot ein und erlebt, was es bedeutet, hilflos ausgeliefert zu sein und ausgebeutet zu werden. Täglich mehr als 12 Stunden auf den Baustellen bei über 40 Grad. Zu wenig Wasser und ohne richtige Verpflegung. Arbeitsschutz? Fehlanzeige. Schlaf und Erholung? Die Arbeiter teilen sich zu zehnt ein Zimmer.

Wenngleich sich nach massiver öffentlicher Kritik die Situation auf den Baustellen in Katar etwas verbessert hat: Immer wieder berichten Arbeitsmigranten von katastrophalen Bedingungen. Auch weiterhin sind Tote zu beklagen.

Ähnlich prekär sind die Arbeitsbedingungen für Migrierende aus Indonesien und den Philippinen. Das gilt für Fischer, die auf kommerziellen Schiffen anheuern, Arbeiter*innen auf den Palmölplantagen und auch für die meist weiblichen Hausangestellten: Viele landen in der Illegalität. Im Zielland angekommen, leiden sie unter ausbeuterischen und katastrophalen Bedingungen. Vor allem bei den Hausangestellten häufen sich die Fälle von sexuellem Missbrauch, denn ihre Unterbringung in Privathaushalten macht sie oftmals schutzlos.

Aufklärung

Wie in Mittelamerika führt AWO International auch in Asien in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen durch, damit Menschen, die migrieren möchten, dies sicher machen und nicht Opfer von Menschenhändler*innen werden. Wir bieten Rechtsberatungen für bereits migrierte Personen und ihre Familien, für Menschen, die migrieren möchten, und unterstützen Menschen, die zurückkehren. An den Grenzregionen führen wir Maßnahmen zum Schutz gegen Menschenhandel durch und informieren über Gefahren. In den Gemeinden versuchen wir, mit der Bevölkerung Alternativen zur Migration zu schaffen, denn die Perspektivlosigkeit ist auch hier eine der Hauptursachen, dass Menschen Arbeit im Ausland suchen.



www.awointernational.de



EINSATZGEBIET
MITTELAMERIKA

In vielen Ländern Mittelamerikas sind bis zu 60 Prozent der Bevölkerung jünger als 25 Jahre. Ihre Lebensrealität jedoch ist oftmals geprägt von Armut, Perspektivlosigkeit und Gewalt.

Nach Norden: Flucht und Migration

Die Lage für Migrierende in Mittelamerika ist dramatisch und wird durch die unmenschliche Flüchtlingspolitik von US-Präsident Donald Trump noch verschärft.

AUTOR VASSILIOS SAROGLOU

Die zentralamerikanischen, oft korruptionsgeplagten Länder haben große Probleme: Hunderttausende Menschen fliehen vor Armut, Perspektivlosigkeit, Bandenkriminalität und Gewalt aus ihren Heimatländern. Die meisten von ihnen kommen aus Guatemala, Honduras und El Salvador. Sie hoffen, in den USA Arbeit zu finden, um ihre Familien zu unterstützen. Seit 2015 führt AWO International in Zusammenarbeit mit lokalen Partnerorganisationen mehrere Projekte zum Schwerpunkt Migration durch. Die Maßnahmen setzen dabei auf verschiedenen Ebenen an: Da viele Menschen, die ihr Zuhause verlassen wollen oder müssen, kaum oder nur schlecht informiert sind, spielt Aufklärungsarbeit zum Thema sichere Migration und Rechte von Migrierenden eine große Rolle. Für die Familienangehörigen, die zurückblieben, aber auch für Rückkehrer*innen leisten Mitarbeiter*innen unserer Partnerorganisationen psychosoziale Betreuung vor Ort. Oft kommt es vor, dass die Familien nichts mehr von ihren Angehörigen hören und sie als vermisst gemeldet werden. Hier unterstützen wir sie bei der Suche.

Perspektiven eröffnen

Perspektivlosigkeit ist eine der Hauptursachen für Flucht. Wir stärken die Gemeinden und versuchen, gemeinsam Alternativen zur Migration anzubieten, zum Beispiel durch Einkommen schaffende Maßnahmen. Neben politischer Lobbyarbeit zum Schutz und den Rechten von Migrierenden unterstützen wir an den Transit- und Grenzregionen Migrant*innenherbergen und solidarische Familien, die Migrierenden während ihrer Durchreise Unterschlupf gewähren. Neben einer Übernachtungsmöglichkeit erhalten die Betroffenen hier auch medizinische Basisversorgung, Essen, Information über sichere Migrationsrouten und Aufklärung über ihre Rechte. »Meine eigene Familie musste immer wieder migrieren. Wir wissen, wie das ist. Deswegen unterstützen wir die Menschen, die hier durchreisen«, antwortet Manuel auf die Frage, warum er mit seiner Familie Migrant*innen aufnimmt und unterstützt.



➔ www.awointernational.de

Gemeinsam für eine gerechte Welt



**Wie kann die AWO internationale Solidarität stärken?
Drei Fragen dazu an den Vorsitzenden von AWO International
Rudi Frick.**

INTERVIEW PETER KULEBA

1 Warum gibt es AWO International?

Weil engagierte AWO-Mitglieder und Hauptamtliche sich vor über 20 Jahren dafür eingesetzt haben, das internationale Engagement der AWO zu bündeln. Es gab ja damals schon humanitäre Projekte und Initiativen von AWO-Gliederungen wie zum Beispiel »Freunde für Russland« aus Dortmund oder die Landesarbeitsgemeinschaft Entwicklungshilfe Mali in Bayern. Es gab aber auch Kritik von AWO-Mitgliedern, dass das humanitäre Engagement öffentlich kaum wahrnehmbar ist. Der damalige Bundesgeschäftsführer Rainer Brückers hat dann die Initiative ergriffen. Am 4. September 1998 fand die Gründungsversammlung in Berlin statt. Parallel dazu liefen bereits die Bemühungen, das Bündnis Aktion Deutschland Hilft aufzubauen. Die AWO ist ja eines der Gründungsmitglieder.

2 Was sind die Aufgaben von AWO International?

In den ersten Jahren war AWO International nur für humanitäre Hilfe zuständig und ausschließlich ehrenamtlich organisiert. Es ging vor allen darum, alle Aktivitäten und internationalen Initiativen der verschiedenen AWO-Gliederungen aufzunehmen und sich auszutauschen. Mit den ersten größeren humanitären Hilfseinsätzen, insbesondere dem Tsunami im Jahr 2004, und der Übernahme der Entwicklungsprojekte vom AWO Bundesverband 2005 war es möglich, die Organisation auch personell und strukturell weiterzuentwickeln. Daraufhin gab es einen enormen Professionalisierungsschub. Heute ist AWO International der Fachverband der AWO für schnelle und effektive humanitäre Hilfe und für eine solidarische Entwicklungszusammenarbeit. Wir führen weltweit etwa 50 Projekte im Jahr durch, immer in enger Zusammenarbeit mit lokalen Partnern vor Ort. Und auch im Inland ist AWO International inzwischen entwicklungspolitisch aktiv.

3 Wo sehen Sie die zukünftigen Herausforderungen für AWO International, um internationale Solidarität zu stärken?

Wir leben heute in einer globalisierten und vernetzten Welt und allen ist klar, dass Solidarität nicht an den Grenzen von Deutschland oder Europa endet. Eine besonders große Herausforderung für uns sind die »shrinking spaces«, also die kleiner werdenden Handlungsspielräume für zivilgesellschaftliche Organisationen sowohl in Europa als auch in unseren Projektländern. In den letzten Jahren wird der konsequente Einsatz zur Durchsetzung der Menschenrechte von vielen Regierungen massiv behindert. Neben unserer Projektarbeit im Ausland wird es auch verstärkt unsere Aufgabe sein, auf globale Zusammenhänge aufmerksam zu machen und hier eine andere Politik für eine zukunftsfähige Welt zu fordern. Gleichzeitig muss die AWO mit über 220.000 Beschäftigten ihre Arbeit überprüfen und neue Wege beschreiten. Das Projekt »Klimafreundliche Pflege« ist nur ein Beispiel dafür. Und natürlich möchten wir noch mehr Mitglieder, aber auch regelmäßige Unterstützer*innen und Spender*innen aus dem AWO-Umfeld gewinnen. ❤️



RUDI FRICK

ist seit 2005 Vorstandsvorsitzender von AWO International und Stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums des AWO Bundesverbandes. Zudem ist er Vorsitzender des AWO Bezirksverbandes Rheinland und Mitglied im Vorstand vom Bündnis Aktion Deutschland Hilft.

➔ info@awo-rheinland.de

Der Globale Migrationspakt und die Gleichberechtigung von Frauen

AUTORIN BERENICE VALDEZ RIVERA

Nach einem langen Diskussionsprozess hat die internationale Staatengemeinschaft im Dezember 2018 den Globalen Migrationspakt angenommen. 164 der 193 UN-Mitgliedstaaten haben den Migrationspakt unterzeichnet und sich zu seiner Umsetzung verpflichtet, um die Migrationsproblematik durch multilaterale Agenden anzugehen. Diese gemeinsame Erklärung ist zwar unverbindlich, bietet aber einen Kooperationsrahmen, um Migration auf globaler, regionaler und nationaler Ebene zu gestalten. Inhaltlich geht es beim Migrationspakt vor allem darum, die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Migrant*innen weltweit zu verbessern. Deren Ausbeutung und Diskriminierung soll beendet und der Menschenhandel bekämpft werden; es geht darum, dass Migrierende und ihre Familien besser geschützt und über ihre Rechte informiert sind. Ebenso sollen negative Migrationsursachen bekämpft und der Informationsaustausch zwischen den Ländern verbessert werden. Der Wirkungsbereich des Paktes ist global: Mit seinen 23 Zielen und Strukturen dient er als Diskussionsplattform, wo Behörden und die Mitgliedstaaten sich austauschen und diskutieren können, um konkrete Maßnahmen zur Migration innerhalb der Vereinten Nationen zu entwickeln. Ziel ist dabei die Förderung der Aktivierung regionaler Mechanismen im Zusammenhang mit Migration und deren Umsetzung auf nationaler Ebene im Einklang mit den Zielen der nachhaltigen Entwicklung und der Agenda 2030.



BERENICE VALDEZ RIVERA

ist Politik-Koordinatorin bei der mexikanischen Partnerorganisation IMUMI und Mitglied im Women in Migration Network.

→ imumi.org

Für das Women in Migration Network ist der Pakt ein notwendiger und wichtiger Übergangsschritt, aber er ist nicht transformativ. Der Pakt berücksichtigt einige geschlechtsspezifische Aspekte – etwa die Bedürfnisse von Frauen und Mädchen im Kontext von Migration –, geht aber nicht vollständig auf einige der harten Realitäten ein, die vor allem Frauen in der Migration betreffen, die Trennung von Kindern und Eltern oder die Einbeziehung der Rechte auf sexuelle und reproduktive Gesundheit oder auf sogenannte Regenbogenfamilien oder auf die Rechte der LGBTQ, da keine Anerkennung der sexuellen Vielfalt von Migrant*innen besteht.

Durch die geschaffenen Strukturen und das politische Engagement der Unterzeichnerstaaten können insgesamt jedoch Strategien sowie regionale und nationale Pläne gefördert werden, die auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen und ihren Familien in der Migration eingehen. Der Pakt stärkt damit auch viele bereits vorhandene internationale Konventionen und Rechte der Vereinten Nationen, die für uns alle selbstverständlich sein sollten, wie zum Beispiel die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. ❤️

IM NÄCHSTEN HEFT

Die AWO in 200 Jahren?

Prognosen, Meinungen und Stimmen zum 100. Geburtstag der AWO am 13. Dezember 1919.

